

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 30 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 25 M. für die dreigepaltene Peltzeile oder deren Raum berechnet
---	---	---

Der Stinnes-Vertrag.

VII.

(Schluß)

Der Schaden, den der Stinnes-Vertrag dem Deutschen Reich bringen kann, liegt besonders auf finanziellem Gebiet. Stinnes hat sich durch seinen Vertrag zugleich zwei Kapitalquellen erschlossen. Die eine fließt ihm durch die Hoch- und Tiefbau-W.G., die andere durch die Dresdener Bank zu. Die Hoch- und Tiefbau-W.G. soll für alle Generallieferungsverträge, die sie abschließt, 6% des Lieferpreises erhalten. Diese Einnahmequelle ist nicht einmal abgestuft nach der Höhe des Umsatzes. Hätte die Hoch- und Tiefbau-W.G. nur einen geringen Umsatz, dann könnten die 6% noch harmlos erscheinen, obgleich sie für den Zwischenhandel ohne eigentliche Handelsfunktion — die Aufträge fließen ihr zwangsläufig zu, und das Kapital erhält sie durch die Dresdener Bank — schon reichlich hoch bemessen sind. Aber um welche Beträge handelt es sich? Die gesamten Kriegsschäden wurden im November 1921 von Frankreich auf 36,5 Milliarden Franks geschätzt. Ziehen wir hier von der Industriefschäden ab, die mehr oder weniger behoben sind, so verbleiben 30 Milliarden Franks. Schätzen wir weiterhin, daß von den 30 Milliarden Franks an Bauwerten 83% bereits hergestellt sind, dann bleiben Bauwerte in Höhe von 20 Milliarden Franks noch auszuführen. Von diesen Werten werden etwa 50% gleich 10 Milliarden Franks auf Baustoffe und Bauteile aller Art entfallen. Nehmen wir nun an, daß hier von wiederum nur 20% gleich 2 Milliarden Franks nach Deutschland fallen, dann hätte die Hoch- und Tiefbau-W.G. einen Umsatz von etwa 250 Milliarden Papiermark und einen unproduktiven Handelsgewinn von 15 Milliarden Mark.

Noch ein anderer Gewinn muß aber der Industrie zufallen, die mit diesem Geschäft beglückt wird. Die Baustoffindustrie versteht sich auf die Selbstkostenberechnung. Sie wird selbstverständlich nur zu Selbstkosten liefern. Nach dem Stinnes-Vertrag erhält der deutsche Fabrikant seine Ware zum französischen Marktpreis in Papierfranks bezahlt. Was heißt das? Die Zement-Zement kostet im Wiederverkaufgebiet etwa 130 Franks oder nach heutigem Kurs 17 000 M. Der Spindelpreis stellt sich in Deutschland zurzeit aber nur auf 5700 M. je Zonne. Hinzu kommt allerdings noch die Fracht. Die Industrie wird sich aber ausrechnen, daß ihre die Ausführungsabgabe ermäßigt werden muß, wenn sie den Zement zu 17 000 M. nach Frankreich liefern soll.

Wahrlich! Der deutschen Industrie muß nunmehr daran liegen, daß der französische Zement im Preise steigt. Wie kann man das erreichen? Wie kann man die französischen Industriellen dazu bringen, den Zementpreis zu steigern? Das wird der Inhalt ihres Denkens und Handelns sein. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man den Umschlag der Meinung in der französischen Industrie darauf zurückführt, daß Stinnes ihr ein gutes Geschäft und die dazu nötigen Vereinbarungen in Aussicht gestellt hat.

VIII.

Die andere Kapitalquelle fließt der Stinnesmacht durch die Banken, insbesondere durch die Dresdener Bank zu. Stinnes hat es sich in seinen Verträge ausdrücklich vorbehalten, der deutschen Regierung außer den 6% alle Unkosten in Rechnung stellen zu dürfen, die durch die Finanzierung der Lieferungen entstehen. Werden diese Unkosten hoch sein?

Bei der heutigen Kreditnot der Industrie, die in den nächsten Monaten noch verschärfere Form annehmen wird und zu großen Arbeiterentlassungen führen muß, sind alle baustoffherzeugenden Werke auf das Kreditkapital der Banken angewiesen. Dadurch, daß sich die Dresdener Bank verpflichtet hat, die Wiederaufbau-Lieferungen zu finanzieren, wird die Kreditnot für den inneren deutschen Wirtschaftsmarkt noch weiter verschärft werden, wenn die Reichsregierung in der Berechnung von Zinsen nicht eine harte Hand zeigt.

Wer das nach dem Benehmans-Abkommen vorgesehene Zins-Zahlungswesen kennt (Ausstellung der Schecks durch die französischen Warenempfänger — Bescheinigung durch den französischen Geschäftigenverband — Bescheinigung durch den Beauftragten der französischen Regierung — Bescheinigung durch die Hoch- und Tiefbau-W.G. — An-

erkennung durch die Friedensvertrags-Abrechnungsstelle usw.) und fernerhin in Betracht zieht, daß das notwendige Betriebskapital für die Wiederaufbau-Lieferungen etwa ein Viertel bis ein Fünftel des Umsatzes betragen wird, der kann sich das von den deutschen Banken und Stinnes vorzuhaltende Betriebskapital nach heutigen Preisen auf etwa 50 bis 60 Milliarden Mark errechnen. Bei den hohen Diskontsätzen und Bankzinsen wird die Dresdener Bank das Kapital nicht unter 15 bis 20% Zinsvergütung vorhalten. Das Reich hat also zu den in den Baustoffen stehenden Arbeitslöhnen, Rohstoffkosten und sonstigen Geschäftsunkosten noch etwa 7 bis 10 Milliarden Mark Zinsen zu zahlen. Hinzu kommt, daß bei der vorgeesehenen Lieferungsart nach gleitenden Preisen das Reich sein notwendig aufzubringendes Kapital vor der Gelbentwertung nicht schützen kann. Die Fabrikanten und Banken dagegen können ihr Kapital sofort in Gütern und Sachwerten anlegen. Sie werden dem Reich aber den jeweiligen Tagespreis zugänglich aller entfallenden und von keiner Stelle kontrollierten Unkosten in Rechnung stellen.

IX.

Soweit das Stinnes-Abkommen! Schon das oben Gesagte genügt, um die in der Einleitung aufgestellte Behauptung zu rechtfertigen, daß Stinnes durch seinen Vertrag dem Reich und der Gemeinwirtschaft einen Schlag versetzt hat, der nur mit dem Aufgebot aller Kräfte der organisierten Kopf- und Handarbeiter Deutschlands und Frankreichs pariert werden kann.

Es wäre unserer Sache wenig dienlich, wenn wir uns nur auf Kritik beschränkten und zum Schluß nicht die Mittel und Wege aufwiesen, die die Geschädigten sowohl wie das Deutsche Reich besser und billiger befriedigen können.

Ist die privatkapitalistische Betätigung im Wiederaufbaugeschäft schon nicht auszuschalten, so muß ihr eine gemeinnützige und treuhänderische, im Wettbewerb gleichberechtigte Organisation gegenübergestellt werden. Dieser Organisation sind von Reichs wegen alle Hilfsquellen zu erschließen, über die heute Stinnes und seine Anhänger allein verfügen. Ihr ist vom Reich das für die Durchführung der Lieferungen notwendige Kapital vorzugeben wie auch der Zugang zur Kohle zu eröffnen, und zwar unkontrolliert durch Stinnes und das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat.

Die Vorhaltung des Betriebskapitals durch das Reich bedeutet für die Allgemeinheit eine ungeheure Ersparnis, weil der Treuhänder dieses Kapital sofort in Sachwerte umwandelt, während Stinnes durch seine Hoch- und Tiefbau-W.G. in die Preise einen Zinsfuß einkalkulieren wird — und, vom privatkapitalistischen Standpunkt aus betrachtet, auch muß —, um das Betriebskapital in seiner Substanz zu erhalten.

Der Treuhänderbetrieb hat das nicht nötig, weil er sich auflösen kann, wenn er seine Verpflichtungen erfüllt hat. Die Einschaltung einer preisregulierenden Treuhänder-Organisation gegen die Monopolstellung der Hoch- und Tiefbau-W.G. und ihrer privatkapitalistischen Trabanten ist um so wichtiger, als keine Regierungskontrolle es fertigbringen wird, den „angemessenen“ Inlandspreis auf kontrollierendem und preisprüfendem Wege festzustellen. Das Reich bedarf auch dringend dieses freien Wettbewerbs, um auch die Ausfuhrabgabe in ihrer gerechten Höhe feststellen zu können und um das deutsche Nationalvermögen vor dem Ausverkauf zu schützen.

Das Privatkapital wird der Öffentlichkeit Marz machen suchen, daß dem Deutschen Reich an billigen Lieferungspreisen nichts gelegen sei und es auch mit ansehen könne, wenn die französischen Industriellen ihre Preise in Franks erhöhen; denn je höher die Preise, um so mehr wird dem Deutschen Reich auf das Wiedergutmachungsfondo angerechnet.

Demgegenüber müssen wir betonen: Sind die Finanzen des Reiches nicht heute schon völlig gerüttelt durch die Verzinsungen, Beschäftigungskosten, die auch in Zukunft zu eiteläufen sollen? Zu diesen Leistungen soll nun noch eine bisher nicht in Anspruch genommene Leistung in der Form der Sachlieferungen hinzukommen. Das Deutsche Reich, das sich der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in beschränktem Umfang nicht wird ent-

ziehen können, muß aber darauf bedacht sein, eine Wiedergutmachung mit den denkbar geringsten Mitteln durchzuführen. Andererseits ist es für die Geschädigten Frankreichs und mit ihnen für die französische Regierung lebenswichtig, daß die deutsche Regierung im Rahmen ihrer Lieferungs-fähigkeit ein Höchstmaß von Schäden mit geringstem Aufwand von Mitteln beseitigt. Die Vorteile der französischen Geschädigten und der deutschen Regierung laufen darum parallel und müssen sich sowohl gegen die deutschen wie gegen die französischen Reparationsgewinnler richten.

Wir fordern darum die Reichsregierung auf:

1. die für Baustofflieferungen nach Frankreich zu verwendenden Reparationskosten durch eine wirtschaftlich völlig neutrale, auf das Reichsinteresse eingestellte Stelle auf die produzierenden Werke verteilen zu lassen und die Kohle zum Aushandeln von günstigen Lieferungsverträgen zu verwenden,
2. die Geschäfte der Hoch- und Tiefbau-W.G. einer dauernden Reichskontrolle zu unterstellen,
3. der Hoch- und Tiefbau-W.G. gleichberechtigt eine gemeinwirtschaftlich tätige Organisation gegenüberzustellen und diese in ihrer Lieferungsverpflichtung vorzugsweise mit Kapital und Kohle zu unterstützen,
4. die Ausfuhrabgabe auf Baustoffe in voller Höhe der Spannung zwischen dem Marktpreis und dem Frankreichspreis zu erheben,
5. den Inlandsbedarf an Baustoffen aller Art vorweg sicherzustellen und die baustoffherzeugende Industrie zur Bedarfsdeckung des Inlandes zu verpflichten,
6. jedwede Preisvereinbarung der deutschen Lieferanten mit französischen Lieferanten durch Entziehung der Handelsereignis rückwärtslos zu ändern.

Aufgabe der deutschen Gewerkschaften und insbesondere der Bergarbeiter ist es, diese Forderungen gegenüber dem Privatkapital und der deutschen Reichsregierung zum Schutze des deutschen Volkes und der französischen Geschädigten vor monopolistischer Ausbeutung durchzusetzen. Wir wollen hoffen, daß die deutsche Arbeiterkraft die Gefahr klar erkennt, die der Gemeinwirtschaft droht, und sich zu dem Entschluß aufraffen wird, dem Privatkapital mit der gleichen Mißbilligung entgegenzutreten, mit der Stinnes überraschend, klug und weitblickend der Gemeinwirtschaft diesen Sieg versetzt hat.

Nach ist es Zeit zu einem Entschluß! Hat Stinnes seinen Apparat erst eingepfeilt, hat er erst internationale Interessen an sein Werk gekettet, dann dürfte es schwer sein, ihm in den Arm zu fallen.

Die Zerstörungstätigkeit der Chemnitzer Sonderorganisation.

Die kommunistische Sonderorganisation der Chemnitzer Bauarbeiter hat sich unter Führung des bekannten Wachmann als „Verband der Ausgeschlossenen“ aufgetan. Damit ist endgültig das heuchlerische Gerede dieser Leute von der Einheitsfront zusammengebrochen. Die Entlarbung ist vollendet. Spaltung der Gewerkschaften und Stiefung der irreführenden Teile unter die Botmäßigkeit der Moskauer Gewalttäter war immer das Ziel dieser Gewerkschaftsfeinde. Da sie durch die Mißarbeit ihrer Zellen und Fraktionen den Verband von innen heraus nicht zu erobern vermögen, soll der Verband der Ausgeschlossenen mit seinen Filialen München-Gladbach und Wäckerleben als Stützpunkt die Kerne von außen her besetzen und durch seine Schmutzblätter der Verleumdung Vortrachten in die Reihen der Bauarbeiter hineinbringen. Gegen die Führer des Verbandes, gegen unsere Vorstände, den Kollegen Raepflog, ist diese verleumdende Hebe besonders gerichtet. Die Verbandsverbände glauben offenbar, sie brauchten nur die Kerne der Leiter zu gemürben und das Vertrauen der Mitglieder zu ihnen zu untergraben, um dann mit dem Verband ein um so leichteres Spiel zu haben. Einen solchen Schmutzblätter stellt eine kürzlich verbreitete Flugchrift „An alle Bauarbeiter Deutschlands“ dar. Zu ihr werden längst widerlegte Anschuldigungen neu aufgesetzt, die Kollegen unter gewissenloser Ausnutzung der gegenwärtigen Not zu unüberlegten Handlungen aufzupumpfen versucht und schließlich

lich — das ist des Pudels Kern — unsere Mitglieder aufgefodert, für die bedingungslose Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen zu wirken. Wir werden uns im Nachfolgenden mit dem Inhalt der kommunistischen Äußerungen auseinandersetzen.

I.

Das lahmte Stedenpferd über die Kriegspolitik der Gewerkschaften wird wieder zu reiten versucht. Darüber ist auf unserem Verbandstag in Weimar ausführlich Rechenschaft abgelegt und das Verhalten des Vorstandes gebilligt worden. Aber trotzdem wird erneut über „den Burgfrieden mit den kapitalistischen Klassenfeinden“ gefaselt und dem Kollegen Raeplov vorgehalten, daß er in einer Vorstandskonferenz im Juli 1915, dem Sieg Deutschlands wünsche und alle, die eine andere Stellung eingenommen haben, als Feinde betrachte. Wir tun den Kommunisten nicht den Gefallen, im gegenwärtigen Augenblick, wo die sozialistische Arbeiterchaft ihre Einigung vollzogen hat, diese Dinge breitzutreten. Die unerhörteste Lügebezeugung aber haben wir heute noch, daß im August 1914 ein Aufsehen gegen die rollende Kriegsmaschine Bahnstimm gewesen wäre. Bei den damaligen Machtverhältnissen wären wir einfach niedergebregelt worden. Gaben denn Sozialisten anderer Länder eine Verhinderung oder Hemmung des Krieges versucht? War es nicht selbstverständlich, daß der Arbeiterführer, als der Krieg da war, „an die Arbeiter drücken, an ihr Gut und Leben, an ihr wirtschaftliches und politisches Dasein, an ihre Zukunft denken mußte“. Und so fragen wir mit Karl Renner weiter, ist es denn keine Gefahr auch für den Arbeiter, wenn Millionenheere die Grenzen überschreiten, Städte und Dörfer zerstören, das Staatswesen zu zerstören und die wirtschaftlichen Grundlagen der Volksgesamtheit zu vernichten drohen? Satten die Arbeiter nichts zu verlieren? Was sagten unsere Vorkämpfer Bebel, Wilhelm Liebknecht, Luer, v. Wollmar über die Stunde der Gefahr und über den Begriff Vaterland? Es ist nicht unsere wirtschaftliche Existenz allein, die uns ans Vaterland fettert. Der große französische Sozialist Jean Jaurès schrieb darüber in seinem Buche „Die neuen Armeen“:

„Innerhalb ein und desselben Verbandes, der durch gleiche Einrichtungen beherrscht wird und gegen benachbarte Verbände eine gemeinsame Aktion unternimmt, gibt es für die einzelnen, ja sogar für die feindlichen Klassen und Kasten einen unteilbaren Schatz von Eindrücken, Vorstellungen und Gefühlen. Der einzelne ahnt kaum, wie stark das soziale Leben ihn beeinflußt, in wie vielen Formen, auf wie vielen Wegen es zu ihm dringt: durch die Ohren, die Augen, durch Gewohnheiten der Gesamtheit, durch die Gemeinsamkeit der Sprache, der Arbeit und der Feste, durch Gedantengänge und Leidenschaften, die allen Mitgliedern eines Verbandes gemeinsam sind, die durch die vielen Einflüsse von Natur, Geschichte, Klima, Religion, Kunst und Kriegen geformt wurden.“

Die proletarische Klasse bedeutet im Vaterlande mehr als jede andere Klasse; denn sie wirkt ja im Sinne der aufsteigenden Bewegung des Vaterlandes. Wenn sie ihm flucht, ihm zu fliehen glaubt, flucht sie nur all dem Jammer, der es entsetzt, der Ungerechtigkeit, die es spaltet, dem Haß, der es bedrückt, den Wüsten, die es ausbreiten, und dieser scheinbare Flucht ist nur ein Schrei nach dem neuen Vaterlande, das sich nur durch die Selbstregierung der Nationen, die Mitle der Demokratien und die Anwendung der ganzen Macht jedes einzelnen Nationalgeistes auf die neuen Probleme entwirren kann, also durch die Fortsetzung der Idee des Vaterlandes bis in die Ferne hinein. . . . Aus den historischen Vaterländern ist „ein soziales Vaterland für die Arbeit“ zu schaffen. Um aber dieses große Werk durchzuführen, muß das Proletariat beständig über des Vaterlandes Unabhängigkeit, über seine Verteidigungsmittel nachdenken.

Jaurès war ein großer Patriot, der Frankreich die Erschütterungen des Krieges und demütigende Knechtschaft ersparen wollte. Er war aber trotzdem besetzt von heißer Sehnsucht nach Völkerrfrieden, nach Gerechtigkeit und Gleichheit für alle. Sind die Folgen des Versailles Friedensvertrages: Elend und Not, Zuerung und Niedergang unserer Volkswirtschaft, nicht Beweis genug, daß die Gewerkschaftsführer vor 8 Jahren gar nicht anders handeln konnten. Könnte ein Gewerkschaftsführer wünschen, daß wir auf Jahrzehnte hinaus auch noch ausländischen Kapitalisten tributpflichtig werden. Wenn Kollege Raeplov also all das Unglück vermeiden wollte, wenn er für Schutz des heimischen Bodens eintrat, so hat er recht getan. Das war keine „nationalistische, antiproletarische Einstellung“, sondern heiligste Pflichterfüllung den Mitgliedern des Verbandes und ihren in der Heimat befindlichen Angehörigen gegenüber. In keinem Lande ist auch mehr für den Internationalismus getan worden als in Deutschland. Das war vor und während des Krieges und ist auch jetzt wieder der Fall. Wenn die Urheber des Flugblattes das Gegenteil behaupten, so schreiben sie offensichtlich die Unwahrheit.

Die Füller des Schmutzfüßels wissen übrigens auch, daß der sogenannte Burgfrieden von uns lediglich benutzt wurde, um eine Zerstückelung der Gewerkschaften zu verhindern, für die Arbeiterchaft möglichst viel herauszuschlagen und das Versammlungs- und Pressewesen vor den Drangsalierungen der herrschenden Generale möglichst zu schützen. Die Kommunisten müssen auch wissen, daß die Gewerkschaften während des Krieges mit allen Mitteln gegen den Wucher ankämpften. Es gehört kein besonderer Mut und noch weniger Geist dazu, heute unter Benutzung der republikanischen Freiheiten (für die Kommunisten Warenfreiheit) sich in beschimpfenden Nebenarten zu ergehen. Meistens sind es solche Menschen, die vor 8 Jahren selbst kräftig mit Hurra schrien. Für sie gilt das Wort: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“.

II.

Die Revolution hat eine Erleichterung des proletarischen Kampfes bewirkt, in politischer wie wirtschaftlicher Beziehung. Aber leider fanden die Revolutionsstage und die späteren Monate in Deutschland eine zersplitterte, sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfende Arbeiterchaft. Hierin liegt die Ursache, daß die Revolution auf halbem Wege stecken blieb, sich in eine Art Kohnbewegung verlor und über den politischen Rahmen nicht hinausdrang. Die Sprengung der politischen Bewegung genügt den kommunistischen Gewaltpolitikern nicht, auch die wirtschaftlichen Organisationen sollen zerrissen werden. Heraus aus den Gewerkschaften, hieß es auf dem Spartakistenkongreß. Diese Tatsache in Verbindung mit den unglückseligen Januarpußchen in Berlin kam auch auf unserem Weimarer Verbandstag zur Sprache. Die Flugchrift der Ausgeschlossenen spricht von „Gewaltstreik des Proletes und seiner Meerhaufen gegen die Arbeiter“, die von der Bauarbeiterverbands-Bureaukratie gutgeheißen werden seien und läßt als Beweis den Kollegen Forster auf dem Verbandstag sagen: „Hätte ich ein Maschinengewehr gehabt während der Januarämpfe 1919, ich hätte auch in die wilden Kämpfe der Spartakisten hineingeknallt.“ Hat es sich damals nur um Arbeiter gehandelt? Außer den Fanatikern und Fregeleiteten war bei diesen Wirren doch in der Hauptfrage der Großstadthausangel beteiligt. Lassen wir Forster sprechen (Protokoll, Seite 64/65):

„Ich habe in Berlin die Gelegenheit gehabt, die Reden Liebknechts zu hören, die er auf offener Straße gehalten hat. Ich weiß, wer damals so lange geschrien hat, bis es zu den Putzchen gekommen ist. Wie war es denn in Berlin? Die erste Tat war, daß von einer öffentlichen Versammlung, wo Liebknecht sprach, sich ein Teil Demonstranten abspaltete, zum „Vorwärts“ zog, ihn bestellte und eine ganze Woche bestellte hielt. Es wurden die Fenster-scheiben eingeschlagen, alle dort liegenden Bücher und sonstiges Material auf die Straße geworfen, dann wurde ein Feuer angezündet, daß die Flammen haushoch empor-schlugen. Dort wurde das Aufklärungsmaterial verbrannt, das zu den Wahlen benutzt werden sollte. Das war die erste Tat der Berliner Spartakisten. Und dann sind sie in das sogenannte Zeitungsbüro gezogen und haben ein Zeitungsunternehmen nach dem anderen bestetzt, kämpfend mit Kanonen und Maschinengewehren. Ich war am 6. Januar dabei, wo diese Gesellschaft mit Panzerautos vor das Reichstagsparlament vorfuhr und die Alternative stellte, innerhalb 10 Minuten müßte sich die Regierung ergeben, sonst würde ein Sturmangriff gemacht. Nach 6 Minuten fingen sie bereits an zu schießen. Der Empfang war allerdings so warm, daß sie sich schon nach kurzer Zeit zurückzogen. Als damals der Angriff erfolgte, habe ich selbst ein Infanteriegewehr genommen und habe gesagt: jetzt helfe ich auch verteidigen. So mühen es eigentlich im ganzen Lande die Kollegen und Genossen machen; sie sind viel zu geduldig. Sie haben sich das viel zu lange gefallen lassen. Wenn unsere Kollegen so energisch wären wie Ihr, dann wäret Ihr schon so in die Panne gebauen, daß von Euch kein Stuch mehr übrig sein würde. Man hat dann in Berlin die Postämter und Adressen ausgeraubt, hat auf der Straße Lebensmittelwagen angefaßt und geplündert, Weiber und Kinder sind durch wahnwitzige Schieberei auf der Straße getötet worden. Und das alles wird noch verteidigt. Ich hätte gerade von Federt hören mögen, ob er diese Verbrechen ebenfalls gutheißt. Aber dazu wagen er und seine Genossen sich nicht zu bekennen, während das doch die Folgen ihrer Tätigkeit sind. So war es in Berlin, und so ist es bisher in jedem Ort gewesen, wo solche Putzche veranstaltet worden sind. Und dann verlangen wir hien auf dem Verbandstag, daß der Verband einen solchen Wahnsinn mitmachen soll. Nein, soweit kommen wir hoffentlich im Deutschen Bauarbeiterverband nicht; die Vernunft wird siegen, wenn sich unsere Kollegen diese Wachenpflichten ganz ehrlich verbitten.“

Diesen Zuständen mußten alle einseitigen Arbeiter Einhalt bieten; denn es war der Sumpf, in dem die Revolution stecken blieb. Bereitete haben ihn die kommunistischen Putzchhelden, gedrängt von Moskau. Die Brandier, Sedert, Wachmann und Genossen haben nach dem Umsturz am 9. November die Stützkräfte der Arbeiterchaft zersplittern lassen. Sie arbeiteten den Konterrevolutionären in die Hände, sie haben geholfen, zu wilden Streiks aufzuputschen, sie sind Miturheber der Straßenämpfe, die der Arbeiter-chaft so großen Abbruch getan und den Sozialismus unsäglich schwer herabgewürdigt haben. Die Vorgänge zeigten, daß die Kommunisten vollständig in der bürgerlichen Revolutionsromantik befangen waren. Sie glaubten an Wunder und vergaßen, daß die Hauptaufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Und als die Lasten mit ihrer gefühlsmäßigen Einstellung nicht übereinstimmen, saßen sie keinen andern Ausweg als die Zerstörung alles Bestehenden. Von einer planmäßigen Organisation der Arbeit, einer Einordnung in den Gesamtwillen wollten sie auch jetzt noch nichts wissen. Die Anführer der kommunistischen Heße stellen sich dumm, als begriffen sie gar nicht, daß der Sozialismus nicht durch einen gewalttätigen Umsturz, so über Nacht, verwirklicht werden kann, obgleich er in Rußland jetzt in herrschender Mähte stehen müßte, wenn man den Zukunftsstaat allein mit Verordnungen und Dekreten usw. errichten könnte.

III.

Als die parteipolitischen Meinungskämpfe immer mehr ausarteten und in die Gewerkschaften, insbesondere in unser Verbandsleben störend eingriffen, nahm der Verbandstag in Karlsruhe eine Stellung. Wie schon vorher der Münberger Gewerkschaftskongreß, beschloß unser Verbandstag die parteipolitische Neutralität des Verbandes. Von einem Nicht-tunnen um die Politik an sich, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik usw., ist natürlich keine Rede. Durch den Beschluß sollten die parteipolitischen Streitigkeiten aus unserer Organisation ferngehalten werden. Jedes Mitglied konnte aber und kann heute noch einer politischen Partei angehören, die

ihm zuzagt, und das Mitglied darf wegen seiner politischen Handlungen nicht im geringsten benachteiligt werden. Die Mitglieder des Verbandes haben sich lediglich an das selbstgeschaffene Gesetz, die Verbandsordnung, zu halten.

Der Karlsruhe Beschlus wurde von den Kommunisten nicht beachtet. Da kurz nach unserm Verbandstage die nach Moskau gereisten Vertreter der U.S.P. mit den bekannten Leitfähen über die Bedingungen der Aufnahme in die dritte Internationale (21 Punkte) nach Hause geschickt wurden, setzte eine planmäßige Spaltungsarbeit in den Gewerkschaften ein. In Punkt 9 der Leitfähen war den Mitgliedern der kommunistischen Partei eine systematische beachtliche Tätigkeit zur Eroberung der Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Sie sollten Zellen bilden, die „der Gesamtpartei vollständig untergeordnet“ sind und auf Befehl Lenins „Mist, Schläueheit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen und in ihnen zu bleiben, um in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen“. Die Wachmann und Genossen handelten strikte nach dieser Anweisung. Nicht nur im Verein Chemnitz, den sie vollständig nach den kommunistischen Parolen aufzogen, sie etablierten sich auch in Gitschitzentralen für ganz Deutschland. Sie gaben eine Zeitung heraus, beriefen Konferenzen ein und zeigten als Redner und Zellenbauer im Lande umher. Das Vereinsbureau wurde zur Agitationszentrale für die kommunistische Partei; entgegen dem Verbandstagsbeschlus wurden auch Gelder für sie verbannt. Alle Warnungen und Ermahnungen des Verbandsvorstandes blieben fruchtlos. Wachmann schrieb, er habe sie in den Papierkorb geworfen.

Mit welchem parteipolitischen Terror die nichtkommunistischen Mitglieder des Vereins Chemnitz bearbeitet wurden, beweisen die vom Vereinsvorstand, gez. Otto Wachmann, herausgegebenen „Nachrichten für die Baudelegierten und Betriebsräte des Baugewerbes“. Darin lautet:

Ziffer 3. Der Delegierte ist verpflichtet, eine Kontrolle, und zwar jeden Monat ein- oder zweimal, auf Zugehörigkeit der Mitglieder zu einer Gewerkschaft und politischen Partei, und zwar der kommunistischen und deren Zeitung, durch Quittung oder Buch vorzunehmen.

Ziffer 4. Zu den vornehmsten Aufgaben für den Delegierten gehört auch die Aufführung derjenigen Kollegen, die noch heute der SPD. und der U.S.P. angehören und die noch keiner Partei angehören. Er muß sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften bemühen, sie der kommunistischen Partei zuzuführen.

Ziffer 5. Der Delegierte ist verpflichtet, die Genossen von der SPD. und der U.S.P. auf die falsche Laktit ihrer Parteien aufmerksam zu machen.

Ziffer 7. Der Delegierte muß darauf sehen, daß er die Delegierten in kommunistischem Sinne bearbeitet, ihm ist die Pflicht, sozialistischer Parteien aufmerksam macht und die Kollegen zum Besuch der revolutionären Versammlungen anlockt, ebenso der gewerkschaftlichen.

Ziffer 16. Auch muß der Delegierte die Kollegen auf die bisherige Politik der Gewerkschaften aufmerksam machen. Er muß ihnen an Hand von Tatsachen zu beweisen versuchen, daß gerade diese Politik der Gewerkschaften es ist, die den revolutionären Interessen der Arbeiterchaft am meisten schadet und darum beseitigt werden muß, um die Gewerkschaften zu Kampforganisationen für das revolutionäre Proletariat umzubauen.

Den Arbeitern, die in ihren Gewerkschaften das beste Bollwerk gegen Unternehmervillwir besitzen, wird die Mitgliedschaft berehelt und sie werden zur Sprengung ihrer Schutzwehr aufgefordert. Vom Unternehmertum bezahlte Söldlinge hätten es nicht besser machen können. In einem Brief an die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands vom 18. September 1920 schrieb Wachmann wörtlich:

„Alle unsere Beschlüsse und die Auswirkungen der Organisation erfolgen in kommunistischem Sinne, das heißt nach den Parolen der kommunistischen Partei sowohl wie der 3. Internationale. . . . Wir sind der Meinung, daß unser Bezirksverein eine Fraktion bildet, weil, wie gesagt, seine Auswirkung, seine Beschlüsse nie überhaupt seine Tätigkeit nur in kommunistischem Sinne geschieht, und wir zwingen dadurch die Mehrheit und U.S.P.-Leute, die wir in unsern Reihen haben, unsere Politik mitzumachen. . . . Vorträge in allen Versammlungen werden nur in kommunistischem Sinne von kommunistischen Rednern gehalten.“

Am deutlichsten und einwandfreiesten ist die Zerstörungsabsicht aus folgendem Briefe zu erkennen:

Chemnitz, 7. Oktober 1920.
An das Zentralkomitee des altvaterlichen Verbandes der Bauarbeiter.

Werte Genossen und Kollegen!

In der „Noten Jagde“ vom 2. Oktober dieses Jahres lesen wir von Euren Anruf, daß Ihr mit den Gewerkschaften anderer Länder in Fühlung treten möchtet. Wir sind bereit, für Deutschland die Vermittlung zu übernehmen und senden Euch einiges Material zu. Bei eventuellen späteren Sendungen könnte das Fehlen nachgeholt werden.

Vor allen Dingen halten wir es für notwendig, einmal ganz kurz einiges über unsere Organisationsverhältnisse zu sagen, und zwar stehen die Dinge in Deutschland heute so, daß die Zentralorganisation der Bauarbeiter, die Maurer, Bauhilfsarbeiter, Ziehmänner, Steinlegere, in ihrer Mehrheit auf dem Boden der Mehrheitssozialistischen (Menscheviki) steht. Zwar haben auch

wir in Deutschland in unserer Bauarbeiterorganisation eine Opposition, die aber wiederum in ihrer Mehrheit auf dem Boden der U.S.R. steht. Nur unser Bezirksverein Chemnitz, der circa 6000 Mitglieder umfaßt, steht in seiner Auswirkung, das heißt in seinen Beschlüssen in Versammlungen, Sitzungen usw. auf dem Boden der kommunistischen Partei Deutschlands. Zwar gibt es hier und dort in einzelnen Orten Deutschlands kommunistische Zellengruppen, die aber noch so klein sind, daß sie nennenswert nicht in Frage kommen. Immerhin haben wir schon versucht, von uns aus Führung mit den übrigen Kollegen im Reich nach kommunistischen Grundsätzen zu bekommen. Das ist uns bisher in dem gewünschten Maße noch nicht gelungen.

Das dürfte für heute als notwendigste Information genügen. Bei späterem regelmäßigen Verkehr können wir uns ja einmal über die Dinge aussprechen. Einsteilen schicken wir Euch je ein Exemplar von unserem örtlichen Mitteilungsblatt „Der Bauarbeiter“, wo jeder sehen wird, was die Nummern 5 und 7. Außerdem senden wir Euch ein Protokoll der ersten Konferenz der Opposition des Bauarbeiterverbandes im vorigen Jahre, dazu einen bei uns zurzeit geltenden Tarifvertrag, ein Jahrbuch und einige Exemplare unseres Zentralorgans, der „Grundstein“, das natürlich ganz in mehrheitssozialistischem Sinne redigiert wird.

Wir hoffen, daß Ihr die Sachen baldigst bekommt und uns dann Bescheid geben werdet.

Mit kommunistischen Grüßen
F. A. gez. Bachmann.

Und nun stellen sich diese Leute als Inhaberschlammier hin. Sie schreiben von Demokratie, wo sie doch die Beschlüsse des Verbandstages mit Füßen treten. Oberstes Gesetz waren für sie nicht der Mehrheitswillen der Mitglieder und die Verbandsfassung, sondern die Befehle von Moskau. Das nennen sie in ihrer Flugchrift „Garantie der Meinungsfreiheit“. Und wenn sie schreiben, „jeder soll das Recht haben zu sagen, welche Kritik und Aufgabe der Arbeiterklasse entspricht“, so meinen sie damit, jeder soll die Freiheit haben, vom Verband ein Stück loszureißen. „Geist der Verband dann zum Selbstzweck und stellt solche Organisationszweckziele vor die Tür, dann schreiben sie über Vergewaltigung. Sie schreiben aber ihren Anhängern vor: „Die Disziplin muß militärisch streifen“. Das böse Gewissen trieb Bachmann bereits im Oktober 1920 in einer Vereinsauschussführung zu der Erklärung: „Kollegen, wir müssen uns vorheben, der Verbandsvorstand hat mich gewarnt.“ Und in einer Sitzung am 22. Januar 1921 enthielt er den Plan der Gründung eines neuen Verbandes. Diese Sonderorganisation besteht jetzt und bekämpft den Deutschen Bauarbeiterverband mit den schäblichsten Mitteln. Trotzdem aber schwächen diese Menschen von Wiedervereinigung. Sie sind wirklich gefährliche Schüler ihres großen Meisters Lenin. (Schluß folgt.)

Die Erdrosselung der Wohnungsbau-tätigkeit.

Von Architekt G. Weder, Berlin.

Die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt hat derartig katastrophale Folgen gezeigt, daß man von einer Erdrosselung der Wohnungsbau-tätigkeit in diesem Jahre sprechen kann. Wurde man im Februar und März dieses Jahres noch mit einem Baukostenpreis von 700 bis 800 M für das Kubikmeter umbauten Raumes rechnen, so ist dieser zurzeit auf etwa 4000 bis 4200 M hinausgeschwollen. In der Hauptfrage ist die Steigerung verursacht durch die Wucherpreise für Holz- und Hintermauerungssteine.

Aus der beigegebenen graphischen Darstellung ist die Preisbewegung der Steine, des Holzes und der Baukostenpreise, bezogen auf 1 cbm umbauten Raumes, im Verhältnis zu den Arbeiterlöhnen, der Reichsindexziffer und dem Dollarkurs vom 1. September 1921 bis 31. August 1922 ersichtlich. Die Reichsindexziffer sowie die Dollarkursbewegung sind nach amtlichen, vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlichten Unterlagen eingetragen. Die Preise der Ziegelsteine waren im August 1921 mit etwa 400 M je Tausend frei Berlin notiert. Ende August 1922 kosteten sie im freien Handel etwa 6500 M.

Bauh Holz kostete im Vorjahr 750 bis 800 M je Kubikmeter. Es stieg bis Anfang 1922 auf etwa 4200 M und erreichte Ende August 1922 den Satz von 25 000 bis 27 000 M.

Die Arbeitslöhne sind nach dem an die Arbeitnehmer gezahlten Stundenlohn berechnet. Im August 1921 wurden durchschnittlich für Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter 750 M je Stunde gezahlt. Laut Tarif erhalten die Maurer und Zimmerer seit dem 1. September 1922 68 M.

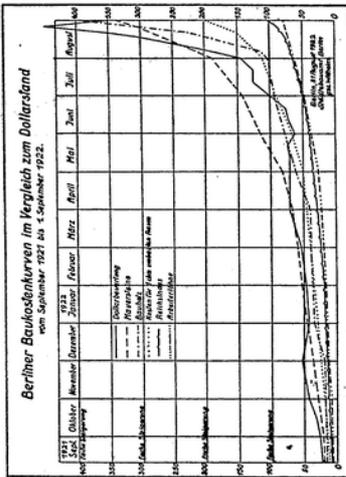
Die sich aus Baukosten und Löhnen ergebenden Baukosten für 1 cbm umbauten Raumes halten die mittlere Linie. Der Preisindex betrug etwa 20 M und war Anfang September 1922 auf rund 4000 M gestiegen.

Aus dieser Darstellung ergibt sich abzuwachen, daß die Schuld an dem Erliegen der Wohnungsbau-tätigkeit ausschließlich den unglückseligen, gemein-schädlichen Preistreibern der Bauindustrie und des Handels zuzurechnen ist. Die von Zeit zu Zeit in den Zeitungen auftretende Behauptung, daß die hohen Löhne der Bauarbeiter an der Einstellung der Bau-tätigkeit schuld seien, ist unannehmlich. Aus der graphischen Darstellung ist zu erkennen, daß die Löhne der Bauarbeiter noch nicht einmal den Stand der Reichsindexziffer erreicht haben, während Holz- und Steinpreise die Dollarkurve schon erreichen beziehungsweise übersteigen.

Wie verheerend die Wirkung dieser Zustände auf die Wohnungsbau-tätigkeit ist, ist aus folgendem Beispiel ersichtlich: Die jetzt in der Hauptphase errichteten Wohnungen von etwa 70 qm Wohnfläche erfordern einen umbauten Raum

von rund 320 cbm. Die reinen Baukosten betragen mithin im Mittel rund 1280 000 M. Unter der Voraussetzung, daß das Baugrundstück an einer fertigen Straße liegt, 500 qm Grundfläche umfaßt und für den verhältnismäßig billigen Preis von 20 M für das Quadratmeter gekauft worden ist, ergibt sich ein Gesamterhaltungspreis für eine derartige Wohnung von 1280 000 M Baukosten + 10 000 M Geländepreis = 1290 000 M, abgerundet 1300 000 M.

Zur Abbildung dieses Bauaufwandes stehen nach den zurzeit geltenden Bestimmungen in Berlin an Landesdarlehen und Gemeindegeldschulden 378 000 M zur Verfügung, so daß durch Hypotheken und eigene Mittel noch die phantastische Summe von rund 920 000 M aufzubringen wäre. Selbst unter Zuhilfenahme der Berliner Arbeitsgemeinschaft für den



Reinwohnungsbaus ist eine über 100 000 M hinausgehende Hypothek nicht zu beschaffen. Es scheint mir aus sozialen Gründen auch nicht möglich, darüber hinauszugehen.

Der Zinsendienst für diese Hypothek, einschließlich Amortisation, erfordert jährlich 4275 M. Die öffentlich-rechtlichen Abgaben sowie die Unterhaltungskosten dürften mit etwa 1800 M nicht zu hoch gegriffen sein, so daß die Wiele insgesamt rund 6000 M betragen würde; das ist auf das Quadratmeter Wohnfläche ein Betrag von 85,70 M.

Ich halte es für ausgeschlossen, über diese Grenze, die das äußerste darstellen dürfte, was zurzeit einem kleinen Gelder zugemutet werden kann, hinauszugehen. Der nach Ergebung dieser verhältnismäßig hohen Hypothek noch zu deckende Baukostenbetrag beträgt dann noch 820 000 M, eine Summe, die weder der Siedler noch Staat und Gemeinde allein aufbringen können.

Obwohl durch die Heranziehung der Industrie, durch Herabgabe von Arbeitergehältern ein erheblicher Teil der unrentierlichen Arbeit abgedeckt werden kann, ist es nur dann möglich, den Siedlungsbaun zu finanzieren, wenn es gelingt, bei der Bauproduktion und -verteilung die Ausschüttung der Wucherer zu erreichen. Aufgabe von Reich und Staat muß es sein, die erforderlichen Maßnahmen hierzu unverzüglich einzuleiten. (aus Nr. 18 der „Sozialen Bauwirtschaft“.)

Der Bundesausschuss des RWG. zur wirtschaftlichen Lage.

In den letzten Tagen des September war in Berlin der Bundesausschuss versammelt. Wie es nicht anders sein konnte, hat er auch eingehend darüber beraten, wie der Not der Zeit begegnet werden kann, die am schwersten die Arbeiter- und Angestelltenklasse, alle Lohn- und Gehaltsempfänger, Kleinrentner wie alle unmittelbaren Volkseinkäufer bedrückt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist in einigen wichtigen Entscheidungen niedergelegt, von deren Inhalt wir unsere Lesern nachstehend Kenntnis geben.

In einer zur wirtschaftlichen Lage angemessenen Entscheidung billigt der Ausschuss die vom Bundesvorstand mit den anderen Spitzenorganisationen in dem Kampf gegen Teuerung und Wucher unternommenen Schritte. Regierungen und Parlamente werden auf die völlig unhaltbare Lage hingewiesen, in die eine ungeheure Teuerung die Masse der Bevölkerung gebracht hat. Der Ausschuss erwartet von den Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit Ernst und Eile alle erforderlichen Maßnahmen treffen und beauftragt den Bundesvorstand, auch weiterhin als Mahner und Dränger zu wirken. Hierbei erinnert der Ausschuss insbesondere an seine Entscheidung vom August 1921, in der die Forderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft forderte. Es ist eine wirtschaftliche Organisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende macht und den Zweck einer organisierten Wirtschaft erfüllt, den Bedarf der Gesamtbevölkerung zu decken. Der Ausschuss verkennt nicht, daß die Hauptursachen für die wirtschaftliche Notlage des deutschen Volkes in dem außenpolitischen Druck liegen. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des englischen Gewerkschafts-Kongresses, den die deutschen Gewerkschaften mit Genehmigung und Freude begrüßen, fordert der Ausschuss, damit der Wiederaufbau Europas mit aller Kraft gefördert werden kann, daß die Gewaltspolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Befriedung der Völker eingeschlagen werde.

Die zweite Entscheidung richtet sich gegen die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer. Sie geht davon aus, daß die Veröffentlichungen der kommunistischen

Partei sich in den letzten Wochen überbieten in alles frühere Maß überschreitenden Verdächtigungen und Beschimpfungen gegen die Gewerkschaftsleitungen; daß jede Unklarheit und Nichtigstellung von Forderungen vergeblich blieb und die un-sinnigsten Vorwürfe tagtäglich auf neue wiederholt werden mit einer Unwahrhaftigkeit und Bosheit, die keine Grenzen kennt und tiefsten Abscheu erregen muß. Durch diese verwerfliche, kommunistische Agitation soll das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiter-schaft zu den Gewerkschaftsleitungen erlöschend werden. Deshalb wird diesen tagtäglich nicht nur die Fröhlichkeit, sondern überhaupt der Wille abgegriffen, die berechtigten Interessen der Arbeiter-schaft zu wahren. Aus diesen lügenhaften Darstellungen sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müssen.

Demgegenüber stellt der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsräte-Kongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstachtung und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen.

Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des ersten Reichsbetriebsräte-Kongresses und des Leipziger Gewerkschafts-Kongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften feststellen. Wie die Gewerkschaftsleitungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewußt sind, so erwartet der Bundesausschuss auch von den Betriebsräten, daß sie die angestrebten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebietes unterstützen. Wie alle jetzigen Verträge der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der jetzige mit so viel unlauteren Willen unter-nommene an dem gesunden Sinn und dem entschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiter zum Scheitern gebracht werden.

In einer weiteren Entscheidung stimmte der Bundesausschuss dem Ueber-sichtnahmen im Kohlenbergbau zu. Den Bergarbeitern sprach er Dank und Anerkennung aus für das Opfer, das sie mit ihrer Arbeitsleistung dem deutschen Volke und damit der gesamten Arbeiter-schaft durch die Ueber-sichtnahmen keinesfalls gefordert werden, die Ueber-sichtnahmen nur für lange Fortdauern, wie die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit dies erfordert. Jeder ernstliche Versuch, den Arbeitstag dauernd zu verlängern, ist mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abzuschlagen zu werden.

Der Bundesausschuss hätte gewünscht, daß das Ueber-sichtnahmenabkommen benutzt würde zu einer Verringerung der leistungsfähigen Kohlenverteilung. Mit der Verringerung über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preisrenten herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Ueber-sichtnahmen-Kohle diesem Zwecke zuzuführen.

Der Bundesausschuss beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben und bemerkt insbesondere auf die Möglichkeit, eine starke Verrückung des Wohnungsbaues und damit zugleich die dringend nötige Verrückung der Ueber-sichtnahmen herbeizuführen. Die jetzigen Monopole der Baustoffhersteller müssen durchbrochen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß den Syndikaten in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie die Kohlenverteilung für ihre Produktion noch immer selbst in die Hand gegeben ist. Die Folgen sind die unerhörten Syndikatspreise aller Baustoffe. Es würde noch unerträglicher sein, wenn aus den jetzigen Ueber-sichtnahmen der Bergarbeiter nur die Syndikate der Unternehmer wieder den Nutzen zögen.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den anderen beteiligten Verbänden eine Bemühungen, daß die in den Ueber-sichtnahmen erzielten Fortschritten für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzuführen.

Alle wirklichen Volkseinkäufer, denen daran liegt, die Bau-tätigkeit zu fördern, damit es gelingt, die fürstliche Wohnungs-lage zu lindern, werden die Entscheidung zur Lage im Bau-gewerbe als dringend notwendig begrüßen. Sie werden bereit sein, daß die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt ein billiges Stilllegen der Bau-tätigkeit befürchten läßt. Schon sind in der letzten Zeit in verschiedenen Orten Wohnungsbauarbeiten eingestellt worden. Zu allem Ueberflus hat der letzte Stadtag die Gemeinden noch aufgefordert, das Weiterbauen zu unterlassen. Gegen diese kurzfristige Wirtschaftspolitik erhebt der Bundesausschuss aufs schärfste Einspruch. Würde der Aufforderung des Stad-tages Rechnung getragen, so bedeutete dies auf der einen Seite eine dauernde Verrückung der Wohnungsbau, auf der andern Seite aber die bewußte Herbeiführung einer gewaltigen Arbeitslosigkeit und die völlige Zerrückung unserer Volkswirtschaft.

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von dem zahlreiche Volkseinkäufer einschließlich der Baustoff-industrien, des Baustofftransports und der Bauausstattungs-gewerbe abhängig sind. Würde das Baugewerbe stillgelegt, so bedeutete dies für den deutschen Arbeitsmarkt die völlige Katastrophe. Um dem zu entgegen, fordert der Bundesausschuss des RWG. sofortige Maßnahmen zur Fort-führung der Bau-tätigkeit. Der Unterausschuss des Wohnungs-bausausschusses des Reichstages hat dem Reichstag hier-für geeignete Vor-schläge unterbreitet, deren schnellste Ueber-sichtnahmen in geeignete Maßnahmen dringend erforderlich ist. Insbesondere fordert der Bundesausschuss die schärfste Befestigung des Baustoffhandels sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausstattungen. Der Bundesausschuss beauftragt den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fort-führung der Bau-tätigkeit zu gewährleisten.

